

Der internationale Handel muss der Arbeitnehmerschaft dienen

Der internationale Handel steht seit der Gründung von IndustriALL Global Union auf der Tagesordnung. IndustriALL ist der Ansicht, dass Handel kein Selbstzweck ist, sondern den Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmern und der Gesellschaft insgesamt dienen muss. Richtig eingesetzt, ist die Handelspolitik eine der wichtigsten Triebkräfte für wohlhabende und integrative Gesellschaften mit einer angemessenen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung.

Daher setzt sich IndustriALL für faire Handelsabkommen ein, die einen starken und durchsetzbaren Schutz der Arbeitnehmerrechte beinhalten und garantieren.

Auf der Grundlage der vom Exekutiv Ausschuss festgelegten [zehn Leitprinzipien](#) ergreift IndustriALL Global Union Maßnahmen, vertritt Positionen und bezieht Stellung in handelspolitischen Foren und Prozessen. Dies ist angesichts der Herausforderungen, die sich aus dem Ungleichgewicht des globalen Handelssystems zugunsten der Interessen des Kapitals ergeben, wichtig, um die Arbeitnehmerinteressen in Handelsabkommen zu schützen. Die Interventionen von IndustriALL beinhalten daher immer auch Arbeitsnormen und Umweltstandards, um die Ungleichheiten innerhalb und zwischen den Ländern abzubauen.

Wir setzen uns für einen regelbasierten, fairen internationalen Handel ein, der dazu beitragen muss, die grundlegenden Arbeitnehmerrechte zu respektieren, einschließlich der Vereinigungsfreiheit, des Rechts auf gewerkschaftliche Organisation und auf Tarifverhandlungen sowie die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze, und zwar zugunsten der Beschäftigten und Gemeinden. Der internationale Handel muss auf Regeln beruhen, die einen Wettlauf der Löhne und Arbeitsbedingungen nach unten verhindern.

Das Marrakesch-Abkommen, mit dem die Welthandelsorganisation (WTO) gegründet wurde, erkennt an, dass die Handelsbeziehungen mit dem Ziel gestaltet werden sollten, "den Lebensstandard zu erhöhen, Vollbeschäftigung zu sichern und einen hohen und ständig steigenden Umfang des Realeinkommens und der wirksamen Nachfrage zu erzielen".

In diesem Zusammenhang setzt sich IndustriALL für Handels-, Produktions- und Investitionsregeln ein, die arbeitsrechtliche Auflagen beinhalten. IndustriALL fordert

eine verbindliche menschenrechtliche Sorgfaltspflicht, auch in Handelsabkommen, die Möglichkeiten zur Kooperation und Solidarität zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden schaffen sollen.

Vor diesem Hintergrund ist IndustriALL Global Union ernsthaft besorgt über die Auferlegung einseitiger Handelszölle. Dies hätte schwerwiegende Folgen, die sich negativ auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, insbesondere im Globalen Süden, auswirken, zum Verlust von Arbeitsplätzen führen und die Preise für die Mehrheit der Menschen erhöhen würden. Die vorgeschlagenen Zölle würden zudem die globalen Lieferketten stören und im Widerspruch zu den Grundsätzen einer fairen Handelskooperation stehen.

Die Gewerkschaften sind der Ansicht, dass Zölle strategisch eingesetzt werden sollten, um die Produktion aufzubauen und zu entwickeln und die Arbeitnehmerrechte mit geeigneten handelspolitischen Schutzinstrumenten gemäß den WTO-Regeln durchzusetzen. Zölle müssen zusammen mit industriepolitischen Maßnahmen eingesetzt werden, um die Produktion zu steigern und die Beschäftigung zu fördern, wobei strenge arbeitsrechtliche Auflagen zu erfüllen sind.

Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Gewerkschaften brauchen in der Handelspolitik weltweit Einigkeit, Solidarität und Zusammenarbeit, damit alle davon profitieren. Die Beteiligung der Arbeitnehmerschaft an handelspolitischen Diskussionen ist von zentraler Bedeutung. Ihre Stimme muss gehört werden, da sich die Handelspolitik auf unsere Arbeitsplätze und unser Leben auswirkt.

Daher wird IndustriALL Global Union:

- erneut ihr Engagement für einen fairen, regelbasierten internationalen Handel, der den Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmern und der Gesellschaft insgesamt zugutekommt, zum Ausdruck bringen.
- sich weiterhin für eine nachhaltige Industriepolitik einsetzen, da die Fertigungsindustrie mit gut bezahlten und gewerkschaftlich geschützten Arbeitsplätzen der Motor der Volkswirtschaften sein muss.
- die klare politische Botschaft in wichtigen Foren vermitteln und verteidigen, dass die derzeitigen Handelsabkommen, die die globale Handelspolitik vorantreiben, mit der Förderung der Arbeitnehmerrechte und der nachhaltigen Entwicklung in Einklang stehen müssen.

- gegen konkrete Verletzungen von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten durch multinationale Konzerne oder abhängige Zulieferer entlang der Lieferketten vorgehen, indem sie internationale Mechanismen einsetzt, wie sie in Handelsabkommen wie dem Rapid-Response-Mechanismus USMCA und den Beschwerdeverfahren der ILO vorgesehen sind.
- mit dem IGB, anderen globalen Gewerkschaften, IndustriAll Europe und Verbündeten aus der Zivilgesellschaft bei der Verteidigung des fairen Handels und der Ablehnung einseitiger Maßnahmen zusammenarbeiten.

